

INHALT

Schwerpunkt: Präsidentschaftswahlen in der Türkei	2
Das Amt: Geschichte und Befugnisse	
Die Kandidaten	
Der Wahlkampf	
Ausblick	
Nachrichten	4
Türkische Innenpolitik	
▪ Grubenunglück wirft Schlaglicht auf Arbeitsbedingungen	
Ursache vermutlich Kohlebrand	
Profit vor Sicherheit	
Mängel in der Aufsicht	
Privatisierung des Bergbaus	
Gesetzlicher Schnellschuss	
Arbeitsicherheitsstrategie	
▪ Kurdischer Friedensprozess in Turbulenzen	
▪ BDP-Abgeordnete treten zur HDP über	
▪ Unfreie Medien	
▪ Korruptionsvorwürfe	
▪ Jahrestag der Gezi Park Proteste	
▪ Harte Polizeieinsätze gegen Demonstrationen	
▪ Balyoz- Verfahren wird neu aufgerollt	
▪ Geheimdienstgesetz verabschiedet	
▪ Putschgeneräle verurteilt	
Wirtschaft	8
▪ Erdoğan setzt Zentralbank unter Druck	
▪ TÜSIAD-Vorsitzender zurückgetreten	
▪ Neue Diskussion über die Zollunion	
▪ Regierung setzt Streik aus	
▪ Hohe Ungleichheit bei den Einkommen	
Außenpolitik	9
▪ Türkisches Konsulat im Irak besetzt	
▪ Konflikt über kurdische Öl-Verkäufe mit dem Irak	
▪ Beileidsbekundung für Armenier	
▪ Besuch von Bundespräsident Gauck	
▪ Wahlkampfauftritte in Europa	

Schwerpunkt: Präsidentschaftswahlen in der Türkei

Am 10. August wählt die Türkei einen neuen Staatspräsidenten. Als aussichtsreichste Kandidaten gelten Ministerpräsident Erdoğan und der von CHP und MHP unterstützte İhsanoğlu. Als dritter Kandidat tritt der BDP-Vorsitzende Demirtaş an. Sollte keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erreichen, findet am 24. August eine Stichwahl statt. Es ist das erste Mal, dass die Türkei einen Staatspräsidenten durch das Volk wählt. Verbunden sind damit nicht zuletzt auch Pläne, das Präsidentenamt neu zu gestalten und zu einer Präsidialdemokratie überzugehen, denn man kann davon ausgehen, dass im Falle eines Wahlsieges von Ministerpräsident Erdoğan eine weitere Machtkonzentration in den Händen des Staatspräsidenten stattfinden wird.

Das Amt: Geschichte und Befugnisse

Gemäß der Verfassung von 1982 ist der Staatspräsident das Oberhaupt der Türkischen Republik. Artikel 101 der Verfassung bestimmt seine Unparteilichkeit. Er darf darum auch keiner Partei angehören. Artikel 104 der Verfassung umfasst seine Aufgaben als Repräsentant des Staates, der über die Einhaltung der Verfassung wacht sowie zur Koordination der staatlichen Organe beiträgt.

Dem Parlament gegenüber verfügt der Staatspräsident über ein Vetorecht. Wenn ein Gesetz seiner Auffassung nach gegen die Verfassung verstößt, kann er es entweder zur erneuten Beratung an das Parlament zurücksenden oder aber das Verfassungsgericht anrufen. Auch hat er das Recht, die Wiederholung einer Parlamentswahl anzuordnen.

Im Hinblick auf die Exekutive ernennt der Staatspräsident den Ministerpräsidenten und die Minister. Er kann an Kabinettsitzungen teilnehmen oder diese unter seinem Vorsitz einberufen. Er ernennt den Generalstabschef und ist Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates. Hinzu kommen Ernennungsvollmachten für Spitzenbeamte, Diplomaten, Universitätsrektoren und Richter. Für seine Kontrollaufgaben steht ihm eine eigene Kontrollinstitution zur Verfügung, deren Präsidenten und Mitglieder er selbst ernennen kann. Mit seiner Fülle von Kompetenzen ist das Präsidentenamt die ganze Republikgeschichte hindurch heißbegehrt. Unter den bisher elf türkischen Staatspräsidenten finden sich überwiegend ehemalige Militärs. Dies geht zum einen auf die drei Militärputsche zurück, zum anderen aber auch auf die politische Rolle der Armee, die sie bis in jüngster Zeit wahrnahm.

Bis zur Verfassungsänderung von 2007 betrug die Amtszeit des Präsidenten sieben Jahre ohne das Recht auf eine Wiederwahl. Heute ist die Amtszeit auf fünf Jahre verkürzt, eine einmalige Wiederwahl jedoch möglich.

Mit der Kandidatur von Abdullah Gül, dem jetzigen Amtsinhaber und früheren AKP-Politiker, mündete die Präsidentenwahl 2007 in eine Kraftprobe zwischen dem „alten Establishment“ und der AKP. Während die Militärführung sich durch eine Internetveröffentlichung in die

Auswahl des Kandidaten einschaltete, boykottierte die CHP die Parlamentssitzung, auf der Gül gewählt werden sollte. Das Verfassungsgericht focht die Wahl aufgrund unzureichender Beteiligung an der Sitzung an. Die AKP setzte vorgezogene Parlamentswahlen durch, aus der sie siegreich hervorging, erst danach konnte Gül vom neu zusammengetretenen Parlament zum Staatspräsidenten gewählt werden. Die Entscheidung für die Direktwahl des Staatspräsidenten ging auf diese politische Krise 2007 zurück und sollte künftig jeden Versuch der Armee oder Justiz verhindern, auf die Präsidentenwahl Einfluss zu nehmen.

Betrachtet man die politischen Veränderungen der vergangenen sieben Jahre, so ist die konservative Handschrift von Staatspräsident Gül unverkennbar, erst durch seine Personalentscheidungen bei Justiz und Universitäten wurde die heutige uneingeschränkte Dominanz der AKP auf allen Ebenen des Staates zementiert. Allerdings scheiterte der Prozess zur Erarbeitung einer neuen Verfassung nicht zuletzt an der AKP-Forderung nach einer Präsidialdemokratie. Darauf, wie diese Präsidialdemokratie aussehen soll, hat sich die AKP jedoch bisher nicht festgelegt. Stimmen aus der Partei im Vorfeld der Kandidatenbenennung deuten zudem an, dass es im Grunde keiner Verfassungsänderung bedürfte. Die Regierung kann unter Vorsitz des Staatspräsidenten arbeiten und entscheiden, wenn dieser seine Befugnisse ausschöpfte.

Ein tatsächliches Problem für die AKP besteht allerdings in der Unparteilichkeit des Staatspräsidenten. Hier lässt die Verfassung keinen Spielraum und müsste geändert werden, wenn im Falle einer Wahl Erdogans zum Staatspräsidenten dieser auch den Parteivorsitz weiterführen sollte.

Die Kandidaten

Auch wenn seine Kandidatur seit Monaten als sicher galt, hat Ministerpräsident Erdoğan mit seiner offiziellen Kandidatur bis zum letzten Moment gezögert. Mit einem Stimmpotenzial zwischen 43 und 49 Prozent ist die von ihm geführte AKP seit 2002 die dominante politische Kraft der Türkei. Analysen zur Kommunalwahl 2014 zeigen außerdem, dass rund 40 Prozent der AKP-Wähler ihre Wahlentscheidung von Erdoğan abhängig machen. Der Ministerpräsident führt den beginnenden Wahlkampf deshalb mit den altbewährten Mitteln der Polarisierung und Fokussierung auf seine Person statt um Argumente und Positionen zu streiten. Während seine persönlichen Wahlaussichten günstig sind, steht die AKP vor einem Dilemma. Sie verfügt – vielleicht abgesehen von Staatspräsident Gül – über keinen ähnlich profilierten Spitzenpolitiker. Dieser wird deshalb gedrängt, nach seinem Amt als Staatspräsident an die Spitze der Partei zu treten und dann auch das Ministerpräsidentenamt zu übernehmen. Bisher hat Gül jedoch angedeutet, dass er für eine solche Strategie nicht zur Verfügung steht. Zwar werden zahlreiche Kandidaten für die Nachfolge Erdogans in der Parteiführung und als Ministerpräsident genannt, doch setzt die Partei darauf, die Personaldiskussion auf die Zeit nach der Präsidentenwahl zu verschieben. Als Kandidaten

werden unter anderem Vizepremier Ali Babacan, Außenminister Ahmet Davutoğlu und der frühere Justizminister Mehmet Ali Şahin genannt.

Als aussichtsreichster Gegenkandidat gilt der von MHP und CHP unterstützte Ekmeleddin İhsanoğlu. Der Professor für Wissenschaftsgeschichte war von 2005 bis 2013 der erste türkische Generalsekretär der Organisation für islamische Zusammenarbeit. Mit der Entscheidung für İhsanoğlu unterstreichen die beiden größten Oppositionsparteien den unparteiischen Charakter des Präsidentenamtes. Sie stellen dabei in den Vordergrund, dass nach der politischen Polarisierung der vergangenen Jahre die Türkei einen Staatspräsidenten benötige, der vereint und zugleich auch über internationale Erfahrung verfügt. İhsanoğlu wird zudem als eine Persönlichkeit bewertet, die auch für konservative Kreise und AKP-Wähler eine Alternative darstellt, genoss er doch bis zum vergangenen Jahr die Unterstützung der AKP-Führung. Die Kritik Erdoğan's, die Organisation habe sich beim Putsch in Ägypten sowie beim Bürgerkrieg in Syrien nicht ausreichend engagiert, führte zu seiner Ablösung.

Das größte Handicap für İhsanoğlu dürfte wohl in seiner mangelnden Bekanntheit bestehen, bei Umfragen liegen seine Bekanntheitswerte derzeit zwischen 24 und 32%. Nominiert am 16. Juni stehen ihm für seine Kampagne knapp zwei Monate zur Verfügung, von denen einer in den Ramadan fällt. Auch wenn sich innerhalb der CHP Widerspruch gegen die Kandidatur von İhsanoğlu regte, verzichtete die innerparteiliche Opposition darauf, einen eigenen Kandidaten zu benennen. Ausschlaggebend dafür soll die Haltung des früheren Parteivorsitzenden Deniz Baykal gewesen sein. MHP und CHP einigten sich darauf, mit ihrer Parteiorganisation die Präsidentschaftskampagne von İhsanoğlu zu unterstützen. So soll jeweils die Partei, die an einem Ort am stärksten ist, die Vorbereitung von Wahlkampfaktionen organisieren.

Ein weiteres Problem könnte zudem in dem Verfahren zur Findung des gemeinsamen Kandidaten selbst bestehen. Die Entscheidung für İhsanoğlu wurde durch die Vorsitzenden von CHP und MHP getroffen. Zwar haben sowohl der MHP-Vorsitzende Bahçeli als auch der CHP-Vorsitzende Kılıçdaroğlu zuvor Gespräche mit verschiedenen Verbänden und Organisationen geführt. Eine Beteiligung an der Kandidatenauswahl war jedoch nicht vorgesehen. Dies führt nicht nur innerparteilich zu Spannungen, sondern auch unter potenziellen Wählergruppen, die mit Erdoğan als Kandidaten unzufrieden sind. Alevitische Verbände beispielsweise kritisieren, dass İhsanoğlu als früherer Berater des MHP-Gründers Alpaslan Türkeş und „Islamist“ für sie keine Alternative zu Erdoğan darstelle.

Die HDP präsentiert ihren Kandidaten Selahattin Demirtaş unter dem Slogan „Kandidat des Volkes und des Wandels“. Damit unterstreicht die Partei zugleich auch ihr Motiv, in einem nahezu aussichtslosen Rennen einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Die HDP will den Präsidentschaftswahlkampf nutzen, ihre Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen. Kommentatoren gehen aber auch davon aus, dass die HDP darauf setzt, dass Ministerprä-

sident Erdoğan im ersten Wahlgang keine ausreichende Mehrheit gewinnt. In diesem Fall stellt das Wählerpotenzial der HDP einen wichtigen Faktor für den Ausgang der Wahl dar.

Der Wahlkampf

Die Rede von Recep Tayyip Erdoğan, die er anlässlich der Bekanntgabe seiner Kandidatur am 1. Juli hielt, dürfte einige Hinweise auf seinen Wahlkampf enthalten. Gespickt mit religiösen Motiven stellt sie die zahlreichen Ungerechtigkeiten heraus, die Konservative und Muslime die Republikgeschichte hindurch erlitten haben. Gleichwohl verspricht er, Staatspräsident aller Bürger zu sein. Doch zugleich kündigt er an, dass nach seiner Wahl das Vorgehen gegen den „Parallelstaat“ neue Züge gewinnen werde. Er bekräftigte die Entschlossenheit zur Fortsetzung des Friedensprozesses, behielt den Sprachgebrauch „Terroristen“ jedoch bei. Mit der Betonung, dass es seine Partei gewesen ist, die die Direktwahl des Staatspräsidenten durchgesetzt hat, stellt er heraus, dass er Kandidat des Volkes sei. Mit ihm würde sich die „neue Türkei“ gegen „den Staat“ durchsetzen. Er kündigte an, ein aktiver Staatspräsident zu sein und gab damit auch den Hinweis, dass er den Führungsanspruch im Land nicht aufgeben werde. Dieser Begriff von der „aktiven Präsidentschaft“ lässt eine Konstellation wie in Frankreich mit einem Präsidenten an der Spitze und einem Premier als ausführende Person vermuten. Zudem wird ein Weisenrat ins Spiel gebracht, der de facto ein Schattenkabinett der Präsidenten wäre und wesentlich die Dinge mitbestimmen würde.

Ekmeleddin İhsanoğlu dagegen präsentiert sich als ein besonnener Kandidat der politischen Mitte. Er tritt für die Fortsetzung des Friedensprozesses ein und bemüht sich darum, positive Beziehungen zu allen politischen Strömungen und gesellschaftlichen Gruppen herzustellen. Damit sendet er nicht zuletzt die Botschaft aus, dass mit ihm das bisherige Verständnis vom Präsidentenamts als Ausgleichsinstanz fortgesetzt werde. Der Kandidat selbst fällt bisher vor allem durch seine explizit leisen und überlegten Töne auf- ein krasser Gegensatz zum Favoriten, auf dessen Provokationen er nicht eingeht.

Selahattin Demirtaş wiederum betont, dass er ein Präsident des Volkes sein werde. Damit unterstreicht er die Kritik, dass andere Parteien zwar erklären, „dass sie aus dem Volk hervorgegangen“ seien. Doch dies sei nichts anderes als ein Eingeständnis dafür, dass sie sich vom Volk entfernt haben.

Ausblick

Umfragen lassen bisher nicht eindeutig erkennen, ob Ministerpräsident Erdoğan schon im ersten Wahlgang zum Präsidenten gewählt wird. Deshalb wird er trotz Fastenmonat Ramadan und Sommerpause einen fulminanten Wahlkampf durch die türkischen Städte führen, der die Stationen Atatürks bei seiner Mobilisierung im Unabhängigkeitskampf gegen die Griechen im Jahr 1919 nachzeichnen wird. Zudem wird zu beobachten sein, ob der Oppositionskandidat Ekmeleddin İhsanoğlu als klarer Gegenentwurf bei der Bevölkerung und auch bei einem Teil der AKP- Wähler ankommt.

Die Wahlen 10. August liegen mitten in der Haupturlaubs-saison und sehen keine Möglichkeit der Briefwahl vor, was für die weniger mobilen AKP- Wähler kein Problem ist, während ein Teil der urbanen CHP- Wähler eher in den Sommerferien sein wird, Zudem wird das eher konservative Wählerpotential in verschiedenen europäischen Ländern, insbesondere in Deutschland ebenfalls mobilisiert werden.

Nachrichten

Türkische Innenpolitik

Grubenunglück wirft Schlaglicht auf Arbeitsbedingungen

Mit 301 Toten war das Unglück am 13. Mai 2014 in einem Kohlebergwerk in Soma (Provinz Manisa) der schwerste Arbeitsunfall in der Geschichte der Türkischen Republik. Die Soma Holding als Betreiberin der Mine ist zugleich eines der Unternehmen, die in den vergangenen Jahren den größten Anteil an den vergebenen Förderlizenzen erhielt. Mit einer im internationalen Vergleich ohnehin hohen Zahl von Arbeitsunfällen hat das Grubenunglück von Soma neue Diskussionen über unzureichende Sicherheitsvorkehrungen und staatliche Überwachung ausgelöst. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist zudem die Sicherheitskultur.

Ursache vermutlich Kohlebrand

Das Unglück ereignete sich zum Schichtwechsel. Zunächst wurde angenommen, dass es durch einen Trafobrand ausgelöst wurde. Erste Sachverständigengutachten legen jedoch nahe, dass bereits mehrere Tage zuvor ein Untertagebrand in dem Kohlevorkommen ausgebrochen war, die Fördertätigkeit jedoch fortgesetzt wurde.

Verschlimmert wurde das Desaster durch ein fehlendes Unfallmanagement, nach bisherigen Informationen lagen Notfallszenarien und –einsatzpläne nicht vor. Die Grubenleitung war über zwei Tage nicht in der Lage, die Zahl der Arbeiter zum Unglückszeitpunkt anzugeben. Fehler in der Belüftungssteuerung können den Untertagebrand zusätzlich angefacht haben. Hinzu kommen technische Fehler bei der Stollenbefestigung, unzureichende Gas -Detektoren und ihre mangelhafte Überwachung sowie veraltete und ungeeignete Arbeitsschutzmittel. Die Gasmasken der Bergleute sollen zum Teil mehr als zwanzig Jahre alt gewesen und für den Einsatz im Bergbau nicht zugelassen worden sein.

Ein Schlaglicht auf die Sicherheitskultur des Bergwerks werfen Sachverständigenberichte, die unmittelbar nach dem Unglück eingeholt wurden. Demnach wurden mehrere Wochen vor dem Unglück erhöhte Kohlendioxidwerte gemessen, die teilweise ein Niveau erreichten, ab dem der Grubenbetrieb eingestellt werden müsste. Stattdessen zog es der zuständige Techniker jedoch vor, die Werte nicht in das Aufzeichnungssystem einzutragen. Eine Woche vor dem Unglück stiegen die Temperaturen im Bergwerk auf 46 Grad an. Auch dieser Wert ist für den

Grubenbetrieb unzulässig und hätte als Warnzeichen für den Brand in der Miene bewertet werden müssen.

Profit vor Sicherheit

Es liegt nahe anzunehmen, dass hinter der Übertretung von Sicherheitsvorschriften auch Direktiven der Grubenleitung gestanden haben. Ein Leistungslohnsystem auf einem niedrigen Niveau sicherte zugleich die finanzielle Abhängigkeit der Arbeiter, die sich den gefährlichen Arbeitsbedingungen fügten. Einfache Abbautechniken erfordern kein hohes Qualifikationsniveau der Untertagebeschäftigten, die kaum eine Arbeitsalternative in anderen Unternehmen der Region haben.

Das Leistungslohnsystem führte zur Übertretung von Bergbau- und Arbeitsschutzvorschriften. So wurden in der Mine Abbautechniken eingesetzt, die für Bergwerke dieser Art nicht zugelassen sind. Die hohe Abhängigkeit der Bergleute von ihren Vorarbeitern zeigt außerdem, dass gesetzliche Bestimmungen weitgehend unwirksam bleiben. Unhygienische Umkleieräume, fehlende Pausenmöglichkeiten unter Tage und Übertretungen von Arbeitszeitbestimmungen werfen ein Schlaglicht auf unmenschliche Arbeitsbedingungen, wie sie in vielen Bergwerken in der Türkei bestehen.

Dies wiederum ist der Grund weshalb Unternehmen wie die Soma Holding zu deutlich geringeren Kosten produzieren als staatliche Bergwerke - zu Lasten der Mitarbeiter und der Sicherheit. Der Gründer der Soma Holding gab an, dass die Kosten für den Abbau von einer Tonne Kohle in staatlichen Bergwerken bei 130-140 Dollar läge, sein Unternehmen dies jedoch für 23,80 Dollar leiste.

Mängel in der Aufsicht

Die Unwirksamkeit gesetzlicher Vorschriften hat insbesondere die Aufsichtsbehörden und die zuständige Bergbaugewerkschaft in die Kritik gebracht. Das Bergwerk in Soma war erst im Februar durch Inspektoren des Ministeriums für Arbeit und Soziales auf die Einhaltung von Arbeitssicherheitsstandards untersucht worden. Dabei hatten die Beamten keine Mängel festgestellt. Der Generaldirektor für Bergbau erklärte vor dem Soma-Untersuchungsausschuss, dass das Grubenunglück darum auf Gründe zurückzuführen sein müsse, die bisher nicht von den Sicherheitsvorschriften erfasst seien. Arbeiter geben demgegenüber an, dass das Unternehmen Tage vor der Inspektion informiert wurde und die von den Inspektoren zu besuchenden Orte in einen vorzeigbaren Zustand gebracht wurden.

Der zum Gewerkschaftsbund Türk İş gehörenden Bergbaugewerkschaft wiederum wird zu große Nähe zur Betriebsleitung vorgeworfen. Die Gewerkschaft verweist demgegenüber darauf, dass sie die zuständigen Behörden wiederholt auf Missstände in dem Bergwerk hingewiesen habe. Jedoch hätten sich Missstände wie überlange Arbeitszeiten, bei denen der Arbeitsantritt mit der Arbeitsaufnahme am Einsatzort im Bergwerk bewertet wurde, kaum vertuschen lassen, wenn die Gewerkschaft dagegen zumindest geklagt hätte. Andere und direktere

Aktionsformen hätten frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen vermutlich ein schnelles Ende gesetzt. Doch auch nach dem Grubenunglück von Soma geht der Betrieb in anderen Bergbauregionen weiter. Kaum einen Monat nach dem Unglück von Soma wurden drei Bergleute in Şırnak verschüttet, weitere Unfallmeldungen finden sich aus Zonguldak und Uzunköprü.

Privatisierung des Bergbaus

In die Kritik ist auch die Regierung gekommen. Hintergrund ist die Privatisierungspolitik im Bergbau. Unternehmen erhalten Abbaukonzessionen. Für die Lizenzgebühr verpflichten sie sich, die abgebaute Kohle zu einem Preis an den Staat zu verkaufen, der deutlich unter den Betriebskosten des staatlichen Bergbauunternehmens liegt. Die Soma Holding wiederum gibt an, dass sie Kohle zu einem Viertel der Kosten abbaue, die zuvor in staatlicher Regie aufgebracht wurden. Demgegenüber bemühte sich Ministerpräsident Erdoğan, das Grubenunglück als „schicksalhaft“ hinzustellen.

Staatsanwaltliche Ermittlungen wegen „fahrlässiger Tötung“ gegen die Unternehmensleitung der Soma Holding, den Betriebsdirektor sowie einige Angestellte sind eingeleitet worden. Auch wurden im Ministerium für Arbeit und Soziales sowie im Energieministerium behördeninterne Untersuchungen begonnen. Das Parlament hat einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, wobei besonders tragisch ist, dass ein einen Monat vor dem Unfall durch einen CHP-Abgeordneten gestellter Antrag auf eine Untersuchungskommission im April abgelehnt worden war.

Den Hinterbliebenen der Opfer wurde großzügige Hilfe zugesagt. Außerdem wurde Bergleuten, deren Grube bis zu einer neuen Sicherheitsüberprüfung gesperrt wird, eine Lohnfortzahlung zugesagt. Mitte Juni einsetzende Proteste von Bergleuten in der Region Manisa zeigen jedoch, dass diese Zusage bisher nicht eingehalten worden ist.

Gesetzlicher Schnellschuss

Als eine Reaktion auf das Grubenunglück wurden einige Gesetzesänderungen zur Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, sozialer Absicherung sowie zum Subunternehmertum zusammengestellt und in einem Sammelgesetz in das Parlament eingebracht. In dieses Sammelgesetz wurden jedoch auch zahlreiche weitere Bestimmungen wie beispielsweise eine Amnestie öffentlicher Forderungen sowie eine Einschränkung des Einspruchsrechts von Beamten bei Versetzungen einbezogen. Zwar ist geplant, das Gesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause zu verabschieden. Um dies zu ermöglichen fordert die Opposition jedoch, die das Soma-Unglück betreffenden Bestimmungen aus dem Sammelgesetz herauszunehmen, um diese zügig zu verabschieden.

Auch wenn der Bergbau mit seiner hohen Zahl von Arbeitsunfällen immer wieder in die Schlagzeilen gerät, ist auch die Arbeitssicherheit in anderen Sektoren der türkischen Wirtschaft häufig unzureichend. Das Statistische Jahrbuch des Ministeriums für Arbeit und Gesundheit für 2011 gibt Daten zu 75.000 Arbeitsunfällen an. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen, denn Ar-

beitgeber scheuen vielfach die Meldung bzw. ist sie für irregulär Beschäftigte kaum möglich.

Mehr als 10 Prozent der Unfälle entfielen dabei auf den Bergbau. Weitere Sektoren mit hohen Zahlen von Arbeitsunfällen sind die Textilindustrie, das Metallgewerbe und der Bausektor. Letzterer weist zugleich die höchste Zahl von tödlichen Arbeitsunfällen auf. 2011 wurden insgesamt 744 tödliche Arbeitsunfälle registriert, von den 127 auf den Gebäudebau, 66 auf andere Bautätigkeiten und 63 auf besondere Bautätigkeiten entfielen.

Arbeitssicherheitsstrategie

Die Ursachen von Arbeitsunfällen lassen sich grob in zwei Kategorien teilen: Unzureichende Schutzvorkehrungen oder Fehlverhalten. Betrachtet man die Sektoren mit hohem Aufkommen an Arbeitsunfällen kommt beispielsweise auf dem Bau Schutzkleidung und Absicherungen hohe Bedeutung zu. Ist in den vergangenen Jahren zu beobachten, dass auf Großbaustellen an der Baustelleneinfahrt nicht nur Warnungen vor dem Betreten der Baustelle, sondern auch die Mahnung an die Helmpflicht zu finden ist, wird man sie auf einer durchschnittlichen Wohnungsbaustelle kaum finden.

Bergbau und Bausektor sind zugleich auch Sektoren mit einem hohen Anteil an unqualifizierten Beschäftigten. Sie arbeiten mit einfachen Werkzeugen auf einem vergleichsweise geringen Produktivitätsniveau. Die fehlende Ausbildung führt nicht nur zu niedriger Produktivität, sondern beinhaltet auch geringe Kenntnisse im Arbeitsschutz sowie eine hohe Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Niedrig qualifizierte Beschäftigte sind leicht austauschbar und finden nur schwer neue Arbeit. Sie sind bestrebt Leistungsnormen zu erfüllen, um ihre Beschäftigung zu sichern und dabei anfällig für die Übertretung von Sicherheitsvorschriften.

Einer der wichtigsten Ansatzpunkte für eine Strategie zur Verringerung von Arbeitsunfällen in der Werftindustrie, die in den vergangenen Jahren aufgrund tödlicher Arbeitsunfälle immer wieder in die Schlagzeilen geriet, war darum ein Ausbildungskonzept.

Kurdischer Friedensprozess in Turbulenzen

Nur wenige Tage vor dem Ablauf der offiziellen Frist zur Präsidentschaftskandidatur legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, mit dem der Friedensprozess eine Rechtsgrundlage erhalten soll. In den vergangenen Monaten ist der Waffenstillstand brüchig geworden, haben die Sicherheitskräfte erstmals seit Beginn des vergangenen Jahres wieder eine PKK-Operation in der Provinz Tunceli durchgeführt, hat die PKK Anschläge auf Baustellen verübt, Beamte entführt und auch wieder auf Patrouillen geschossen.

Der Gesetzentwurf zur „Beendigung des Terrorismus und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ ist äußerst knapp gehalten und vermeidet die Nennung der PKK. Er enthält eine Straffreiheitsklausel für öffentliche Bedienstete, die im Rahmen dieses Gesetzes beauftragt werden, womit es möglich wäre, offizielle Delegationen

zur PKK-Führung im Nord-Irak zu entsenden. Während die Zuständigkeit für den Friedensprozess beim Staatssekretariat für Sicherheit in der Staatskanzlei angesiedelt wird, will die Regierung Sorge für die Rehabilitation und Wiedereingliederung von Militanten treffen, welche die Waffen niederlegen. Details werden nicht genannt. Das Gesetz begnügt sich mit pauschalen Aufgabenzuweisungen für die Regierung, der inhaftierte PKK-Führer Öcalan begrüßt es aber als Meilenstein, weil erstmals der türkische Staat versucht, einen Konflikt mit einer Bevölkerungsgruppe nicht durch Gewalt zu lösen. Grundsätzliche Zustimmung für ein solches Gesetz kommen auch von HDP und CHP. Letztere fordert jedoch, dass das Parlament in den Prozess einbezogen wird. Der Abgeordnete Tanriku hat deshalb einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Einrichtung einer Konsenskommission mit Vertretern aller Parteien vorsieht, wie sie bereits bei der Entwicklung einer neuen Verfassung gearbeitet hat. Die MHP lehnt ein solches Gesetz ab da sie befürchtet, es könne zu einer Spaltung des Landes führen. War davon ausgegangen worden, dass das Parlament zum 1. Juli in die Sommerpause geht, so ist die Sitzungsperiode bis zum 25. Juli verlängert worden, um das Gesetz noch vor den Ferien zu verabschieden. Unterdessen hat PKK-Führer Öcalan 7 Hauptforderungen für die kommenden Verhandlungen benannt:

- Anerkennung des Satus der Kurden
- Abschaffung des Antiterrorgesetzes
- Änderungen beim Wahlgesetz und dem Gesetz zu den politischen Parteien
- Abschaffung der 10% Wahlhürde
- Staatliche Parteienfinanzierung für alle Parteien
- Administrative und finanzielle Autonomie der Lokalverwaltungen
- Legale Garantien für den Friedensprozess

Im Hauptverfahren gegen die KCK (die sogenannte Stadtorganisation der PKK) wurden bis auf einen alle Untersuchungshäftlinge inzwischen freigelassen. Unter den Freigelassenen befinden sich auch wichtige kurdische Politiker wie beispielsweise Hatip Dicle, der viereinhalb Jahre in Untersuchungshaft saß. Die Freilassung der KCK-Gefangenen gehörte zu den zentralen kurdischen Forderungen für die Intensivierung des Friedensprozesses.

Während kurdische Politiker seit einem Jahr darauf drängen, den Reformprozess zu beschleunigen und den Friedensgesprächen mit der PKK einen offiziellen Status zu geben, hat es bei Protesten in Lice (Provinz Diyarbakır) zwei Tote gegeben. Die Proteste richteten sich, wie an vielen anderen Orten in den Südost-Provinzen auch, gegen den Neubau von Gendarmeriestationen. Zugleich ist mit den Protesten von Eltern, deren Kinder sich der PKK angeschlossen haben, deutlich geworden, dass sich mit dem Friedensprozess auch das politische Klima in den schwerpunktmäßig von Kurden bewohnten Gebieten verändert. Zu einem Workshop zum Friedensprozess, der von der Regierung in Diyarbakır veranstaltet wurde, sind

die BDP und HDP nicht eingeladen worden, was deutlich zeigt, dass eine Vertiefung des Dialogs zurzeit nicht auf der Tagesordnung steht.

An mehreren Orten der Südost-Türkei fanden Proteste gegen den Neubau von Gendarmeriestationen statt. Bei zum Teil mehrtägigen Aktionen wurden unter anderem Provinzstraßen gesperrt. In Lice soll dabei auf die Gendarmerie geschossen worden sein. Am 8. Juni starben zwei Demonstranten, als die Gendarmerie das Feuer eröffnete. Von April bis Juni wurden bei den Protestaktionen Dutzende von Demonstranten zum Teil schwer verletzt. Die Regierung erklärt, dass es sich bei den neuen Gendarmeriestationen um eine reine Modernisierungsmaßnahme handle, die Zahl der Stationen soll verringert und mit den Neubauten lediglich die Sicherheit des Personals gewährleistet werden.

Die Spannungen stiegen im Juni weiter an, nachdem Demonstranten in das Gelände einer Luftwaffenkommandantur eindringen und die türkische Fahne herunterholten. Der Vorfall löste landesweite Empörung aus und wurde von der Regierung als Provokation gegen den Friedensprozess bewertet. Weitere Vorfälle waren unter anderem die Entführung eines Armeeeingehörigen, der jedoch einige Tage später freigelassen wurde. Demgegenüber wurde erstmals seit Anfang vergangenen Jahres wieder über eine Operation gegen die PKK berichtet, die sich auf die Provinz Tunceli konzentriert. Die im Juni begonnenen Proteste von Eltern, deren Kinder sich der PKK angeschlossen haben, zeigen die hohen Erwartungen, die der Friedensprozess ausgelöst hat. Die Forderungen der Eltern richten sich sowohl an die PKK als auch an die türkische Politik, die sie aufrufen, ihre Kinder nach Hause zu bringen. BDP-Politiker wiederum verwiesen darauf, dass bei vielen Jugendlichen, die sich der PKK anschließen, Repressionserfahrungen den Ausgangspunkt für ihre Entscheidung darstellen. Es müssten darum Voraussetzungen geschaffen werden, die es allen in der Illegalität lebenden Kämpfern ermöglicht, heimzukehren. Die Regierung demgegenüber erklärte, dass die BDP ähnlich wie bei entführten Beamten und Soldaten für die Rückführung der Jugendlichen sorgen müsse und erklärte ihre volle Unterstützung für die Elterngruppen. Die Versuche der Elterngruppe, sich gegen politische Vereinnahmung abzugrenzen, zeigen auch, dass ein Freiraum entstanden ist, in dem Positionen unabhängig von Staat und kurdischer Nationalbewegung geäußert werden können.

BDP-Abgeordnete treten zur HDP über

Am 28. April sind mit Ausnahme des BDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und dem Abgeordneten Sirri Sakik die Abgeordneten der BDP zur im vergangenen Jahr neu gegründeten HDP übergetreten. Die HDP war ursprünglich als neue Linkspartei geplant, die in allen Teilen der Türkei agieren soll, während die BDP ihren Schwerpunkt in den Südost-Provinzen hat. Demirtaş betonte, dass der Übertritt der Abgeordneten nicht die geplante Auflösung der BDP bedeute. Die HDP sei eine Dachpartei und die BDP werde ihre Arbeit in einem neuen Format weiterführen.

Unfreie Medien

Die Herabstufung der Pressefreiheit von „teilweise frei“ auf „unfrei“ durch die amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ ist auf scharfe Kritik durch die Regierung gestoßen. Freedom House begründet die Herabstufung der Türkei von Platz 117 im Jahr 2013 auf Platz 134 in diesem Jahr mit der Verschärfung von Repression gegen Journalisten seit den Gezi Park Protesten sowie mit dem Druck auf Unternehmensgruppen, die im Mediensektor tätig sind.

Allerdings zeigt sich die Regierung von der internationalen Kritik unbeeindruckt. So forderte Ministerpräsident Erdoğan von der Doğan Mediengruppe ganz offen die Entlassung eines Kolumnisten der Tageszeitung Hürriyet.

Die Zahl der inhaftierten Journalisten und Schriftsteller ist nach dem Justizreformpaket vom Februar zurückgegangen, da das Gesetz eine klare Obergrenze von fünf Jahren für die Dauer der Untersuchungshaft eingeführt hat, so dass zahlreiche Inhaftierte der großen politischen Verfahren Ergenekon und KCK entlassen werden mussten.

Gegen den Kolumnisten der Tageszeitung Taraf Mehmet Baransu wurde ein Strafverfahren wegen der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen eingeleitet. Baransu hatte in einem Beitrag darauf hingewiesen, dass Pläne gegen die Gülen Gemeinschaft bereits 2004 bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates beschlossen worden seien. Da die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates als geheim gelten, wird eine Haftstrafe von 52 Jahren für Baransu gefordert.

Korruptionsvorwürfe

Die erste Anklageschrift zu den am 17. Dezember 2013 aufgeworfenen Korruptionsvorwürfen wurde am 24. April vom 20. Großen Strafgericht Istanbul zugelassen. Es handelt sich um Vorwürfe im Umfeld der Bezirksverwaltung Fatih in Istanbul mit Schwerpunkt Bestechlichkeit, Verstoß gegen das Bau- und das Denkmalschutzrecht. Der erste Prozesstermin ist für November vorgesehen.

Ob zu der großen Zahl der übrigen Vorwürfe Anklage erhoben wird, bleibt offen, nachdem Staatsanwälte und Polizisten, die an den Ermittlungen beteiligt waren, versetzt wurden.

Anfang Mai entschied das Parlament in einem auch von der AKP unterstützten Antrag, einen Untersuchungsausschuss zu den Korruptionsvorwürfen gegen vier frühere Minister einzusetzen, in dem auf die AKP neun der 15 Mitglieder entfallen. Da die Kommission aufgrund der verspäteten Meldung der AKP-Mitglieder erst am 8. Juli arbeitsfähig wurde, wird davon ausgegangen, dass diese erst mit Ende der Parlamentsferien im Oktober ihre Arbeit aufnehmen wird. Auf diese Weise würde der Bericht der Kommission im Frühjahr 2015 vorliegen und könnte aufgrund der anstehenden Parlamentswahl ohne Diskussion in die Archive wandern.

Die Regierung hatte die Korruptionsvorwürfe als Putschversuch bewertet und von einem „Parallelstaat“ gesprochen. Der Vorwurf richtete sich gegen die Gülen Gemein-

schaft weshalb tausende Beschäftigte im Öffentlichen Dienst aufgrund des Verdachts, der Gemeinschaft anzugehören, versetzt, einige auch suspendiert wurden. War nach der Kommunalwahl mit einer Welle von Anklageerhebungen gegen die Gülen Bewegung gerechnet worden, sind bisher nur wenige Straf- und Disziplinarverfahren im Zusammenhang mit illegaler Telefonüberwachung eingeleitet worden. Beweise für die Putsch-These konnte die Regierung bisher nicht vorlegen.

Die Entschlossenheit, strafrechtlich gegen die Gülen Bewegung vorzugehen, betonte der Ministerpräsident auch während seines Frankreich-Besuchs im Juni, als er nicht nur den Putsch-Vorwurf wiederholte, sondern Gülen auch für Provokationen im kurdischen Friedensprozess verantwortlich machte. Es wird erwartet, dass eines der vorrangigen Themen des Besuchs von Innenminister Ala in den USA die Forderung der türkischen Regierung auf Auslieferung von Fethullah Gülen sein wird, wobei von einem offiziellen Auslieferungsgesuch des türkischen Justizministeriums bisher nicht die Rede ist.

Ein Anfang Juni von der Wissenschaftsakademie TÜBITAK auf Antrag der Staatsanwaltschaft Ankara erstelltes Gutachten kommt zu dem Schluss das eines der veröffentlichten Abhörbänder mit Ministerpräsident Erdoğan eine aus Silben zusammengesetzte Fälschung sei, was von Fachleuten kritisiert wurde. Sie wiesendarauf hin, dass eine solche Fälschung unter Beachtung aller Hintergrundgeräusche technisch nicht möglich sei und merkten an, dass es sich beim Sachverständigen von TÜBITAK um keinen Spezialisten für die Beurteilung der Echtheit von Tonaufzeichnungen handele. Nachdem bereits mehrfach Vorwürfe gegen die kriminaltechnischen Dienste in der Türkei erhoben wurden, ist nun auch TÜBITAK in die Kritik geraten.

Jahrestag der Gezi Park Proteste

Der Jahrestag des Beginns der Gezi Park Proteste war Anlass für zahlreiche Veranstaltungen und Analysen. Während an vielen Orten in der Türkei die Strafprozesse wegen der Demonstrationen fortgesetzt werden, sind die Ermittlungen gegen Polizeibeamte weitgehend eingestellt worden. Nur in besonders spektakulären Fällen wie der Ermordung eines Demonstranten in Eskişehir ist es zur Anklage gekommen.

Zum Jahrestag hat die CHP eine vom Vizevorsitzenden Prof. Dr. Sencer Ataya erstellte Analyse veröffentlicht. Anders als Ministerpräsident Erdoğan, der die Proteste nach wie vor als einen von äußeren Mächten gesteuerten Putsch-Versuch bewertet, sieht Ataya in ihnen ein Aufbegehren gegen den autoritären Führungsstil und Jargon des Ministerpräsidenten. Dabei kommt er außerdem zu der Feststellung, dass es sich nicht um eine „Jugendbewegung“ gehandelt habe und hob das hohe Bildungsniveau der Teilnehmer hervor, allerdings wurden keine politischen Schlussfolgerungen für die Parteilarbeit und Organisation der CHP gezogen.

Sehr unterschiedlich fallen die Bewertungen der Gezi Proteste in der Gesellschaft aus. Während auf der einen

Seite die Protestwelle unbestritten einen politischen Wendepunkt darstellt, mündete sie auf der anderen Seite bisher nicht in spürbaren Veränderungen bei den großen Parteien.

Harte Polizeieinsätze gegen Demonstrationen

Beim 1. Mai und anlässlich des Jahrestags des Beginns der Gezi Proteste wurden Demonstrationsverbote durch massiven Polizeieinsatz durchgesetzt. In Istanbul wurde zudem der öffentliche Nahverkehr in der Innenstadt ganztägig eingestellt und hielt die Regierung an ihrem Demonstrationsverbot für den Taksim Platz fest.

Am 22. Mai starben zwei Menschen am Rande einer Demonstration im Istanbul Stadtteil Okmeydanı. Ausgangspunkt war der Angriff auf ein gepanzertes Polizeifahrzeug mit einem Molotow-Cocktail. Daraufhin feuerten Polizisten in die Luft, wobei ein unbeteiligter Teilnehmer einer alevitischen Beerdigungsfeier getötet wurde. Ein weiterer Unbeteiligter starb, als Demonstranten eine Rohrbombe auf eine Gruppe Polizisten warf. Im Stadtteil Okmeydanı ist es seit den Gezi Protesten immer wieder zu gewalttätigen Demonstrationen gekommen.

Balyoz- Verfahren wird neu aufgerollt

Das Verfassungsgericht hat am 18. Juni entschieden, dass Balyoz-Verfahren nochmals aufzurollen. Bei dem Verfahren wurde 360 Offizieren vorgeworfen, im Jahr 2003 einen Putsch gegen die Regierung vorbereitet zu haben. Zentrales Beweismittel waren Computerdaten, die zunächst der Presse zugespielt und später auch bei der Durchsuchung einer Flottenbasis aufgefunden wurden, deren Echtheit jedoch bezweifelt wird. Das Verfassungsgericht beanstandet in seiner Entscheidung insbesondere, dass der damalige Oberkommandierende der Armee nicht als Zeuge geladen wurde. Außerdem wurden die Rechte der Verteidigung durch ein Mikrofon über den Verteidigerbänken verletzt.

Auf der Grundlage des Urteils wurden alle 230 verurteilten und inhaftierten Offiziere freigelassen. Diese fordern nun die Verurteilung der für ihre Inhaftierung und für die Fälschung von Beweismitteln Verantwortlichen. Von Regierungsseite wird betont, dass es sich beim Urteil des Verfassungsgerichts nicht um einen Freispruch gehandelt habe, vielmehr seien Verfahrensfehler gerügt worden. Interessanterweise erklärte der Vorsitzende der 1. Kammer des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte, Ibrahim Okur, dass die Verfahrensfehler im Balyoz Verfahren nicht allein auf die Tätigkeit der Gülen Gemeinschaft reduziert werden könnten, denn ohne Kenntnis der Regierung sei eine solche Verfahrensführung unmöglich gewesen. Er kündigte an, dass sich der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte mit der Frage auseinandersetzen werde, warum die beteiligten Richter und Staatsanwälte die beanstandeten Verfahrensweisen nicht selbst als unrichtig erkannt haben.

Am gleichen Tag urteilte das Verfassungsgericht außerdem, dass auch im Fall Hanefi Avcı gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen wurde. Avcı, ein hoher Polizeioffizier,

war wegen der Unterstützung einer linken Terrorgruppe sowie einem Ausläufer des Ergenekon-Verfahrens verurteilt worden.

Geheimdienstgesetz verabschiedet

Am 17. April verabschiedete das Parlament die Neufassung des MIT-Gesetzes, mit dem der Aufgabenbereich des Geheimdienstes erweitert wird. Das Gesetz enthält Bestimmungen, die den Auftrag des Geheimdienstes grenzenlos ausweiten sowie eine weitgehende Immunität seiner Mitarbeiter. Mit der Verpflichtung aller Institutionen in der Türkei, Daten an den MIT herauszugeben, wird der Datenschutz aufgehoben.

Allerdings wurde mit der Einrichtung einer Geheimdienstkommission im Parlament ein erster Schritt in Richtung auf eine demokratische Überwachung des Geheimdienstes unternommen. Die Rechte dieser Kommission sind jedoch äußerst gering, denn sie erhält nur einmal im Jahr einen Geheimdienstbericht zur Beratung und hat keine direkten Befugnisse gegenüber den Geheimdiensten und der Polizei.

Putschgeneräle verurteilt

Zwei der Anführer des Militärputsches von 1980, Kenan Evren und Taksin Şahinkaya, wurden wegen des Staatsstreichs zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Anklage wurde aufgrund einer Verfassungsänderung möglich. Das Urteil hat einen hohen Symbolwert, obgleich während des Strafverfahrens auf die Hintergründe des Militärputsches nicht eingegangen wurde.

Wirtschaft

Erdoğan setzt Zentralbank unter Druck

Nachdem Ministerpräsident Erdoğan im Mai erneut auf eine Zinssenkung drängte und harte Kritik an der türkischen Zentralbank übte, stand deren Präsidium zum zweiten Mal in diesem Jahr unter Druck. Der Wertverfall der Türkischen Lira und schlechte Ernten haben die Inflation bis nahe an 10 Prozent ansteigen lassen. Zwar geht die Zentralbank davon aus, dass im Juni der Anstieg gebremst werde, doch wird auch nach dieser Einschätzung der Preisauftrieb bis zum Jahresende auf hohem Niveau anhalten. Während Zentralbanken in der Regel durch Zinserhöhungen die Inlandsnachfrage und damit zugleich die Inflation zu bremsen, vertritt Ministerpräsident Erdoğan die Auffassung, dass die Zinsen selbst für die Inflation verantwortlich seien.

Mit einer Reduzierung der Zinsen auf Kurzeitanlagen ist die Zentralbank zwar der Regierung entgegengekommen, doch steht sie andererseits unter Druck, ihr Ansehen als autonome Institution zu verlieren. Während es ihr gelungen ist, die Türkische Lira zu stabilisieren, ist sie in hohem Maße von Entscheidungen der amerikanischen und der europäischen Zentralbank abhängig.

TÜSIAD-Vorsitzender zurückgetreten

Am 4. Juni trat der Vorsitzende des Vereins türkischer Un-

ternehmer und Geschäftsleute (TÜSIAD) Muharrem Yılmaz zurück. Es war der erste Rücktritt eines Vorsitzenden dieses einflussreichsten türkischen Wirtschaftsvereins. Mit der Entscheidung wollte Yılmaz verhindern, dass gegen ihn erhobene Vorwürfe dem Verein schaden. Zu den gegen Yılmaz erhobenen Vorwürfen gehört, dass sich das von ihm geführte Molkereiunternehmen Sütaş die personengebundenen, bei Behörden hinterlegten Daten von Beschäftigten illegal angeeignet habe, um zu überprüfen, ob diese einen Aufnahmeantrag bei einer Gewerkschaft gestellt hätten. Beschäftigte, bei denen dies zutraf, seien entlassen worden. Außerdem wird ihm vorgeworfen, eine Aktion von Beschäftigten mit dem Einsatz von Gölle beendet zu haben.

Am 10. Juni wurde Haluk Dinçer zum neuen Vorsitzenden gewählt, der bei der Sabancı Gruppe den Bereich Handel und Versicherungen leitet.

Neue Diskussion über die Zollunion

Die Verhandlungen der USA und der EU über die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) haben in der Türkei zu einer neuen Diskussion über die Zollunion geführt. Die Türkei muss aufgrund der Zollunion mit der EU auch Verträge der EU mit Drittstaaten umsetzen. Wenn sie jedoch mit dem jeweiligen Land nicht ebenfalls ein Freihandelsabkommen abschließt, muss sie die Güter des Landes zollfrei einführen, ohne selbst über das gleiche Recht in diesem Land zu verfügen. Zudem ist die Türkei nicht direkt an den Verhandlungen beteiligt und kann ihre Interessen darum nicht einbringen. Das Freihandelsabkommen der EU mit Süd-Korea hatte bereits zu Klagen der türkischen Wirtschaft geführt.

Beachtlich ist, dass sich einer Meldung der Wirtschaftszeitung Dünya zufolge, auch der Rat zur Verbesserung des Investitionsklimas (YOIKK), in dem internationale Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Ministerien zusammenarbeiten, für die Umwandlung der Zollunion in ein Freihandelsabkommen ausspricht.

Regierung setzt Streik aus

Ein Streik beim Glaswarenhersteller Paşabahçe wurde von der Regierung für den Zeitraum von sechzig Tagen ausgesetzt. Die Regierung hat das Recht, einen Streik auszusetzen, wenn die Volksgesundheit oder die innere Sicherheit durch ihn bedroht werden. Auf welche Weise dieser Streik diese Voraussetzungen erfüllte, wurde nicht bekannt.

Hohe Ungleichheit bei den Einkommen

Innerhalb der OECD liegt die Türkei mit ihrem Einkommensgefälle auf einem der hintersten Ränge. Eine von TÜSIAD im Juni vorgelegte Studie kommt zu dem Schluss, dass sich zwar von 2002 bis 2009 das Einkommensgefälle verringert habe, seit diesem Zeitpunkt jedoch stabil geblieben ist. Untersucht werden in dem Bericht sowohl das Einkommensgefälle innerhalb der Gesamtbevölkerung als auch regionale Ungleichgewichte.

Außenpolitik

Türkisches Konsulat im Irak besetzt

Am 11. Juni besetzte die Terrororganisation ISIS das türkische Generalkonsulat in Mosul und nahm das Personal gefangen. Beim Einmarsch in Mosul waren zudem türkische LKW-Fahrer gefangen genommen worden, was die Zahl der türkischen Geiseln auf 80 ansteigen ließ.

Das türkische Konsulat war die einzige ausländische Vertretung in der Stadt. Der bisherige Gouverneur von Mosul gibt an, dass er den türkischen Generalkonsul zwei Tage vor der Eroberung der Stadt aufgerufen habe, das Konsulat zu räumen. Dieser habe es jedoch aus Sicherheitsgründen vorgezogen, zu bleiben.

Mit Sorge verfolgt die Türkei außerdem das Vordringen von ISIS in die von Turkmenen besiedelten Gebiete, weil befürchtet wird, dass zumindest schiitische Turkmenen nach dem Abzug der Regierungstruppen einem Massaker zum Opfer fallen könnten. Den Schutz von Kirkuk und einiger turkmenischer Gebiete haben unterdessen kurdische Peschmerga übernommen. Die Türkei hat humanitäre Hilfsmaßnahmen für die irakischen Turkmenen eingeleitet.

Konflikt über kurdische Öl-Verkäufe mit dem Irak

Im April wurde aus dem kurdischen Nord-Irak geliefertes Erdöl über den türkischen Hafen Iskenderum verkauft, ohne dass eine Zustimmung der irakischen Zentralregierung vorlag. Die Regierung in Bagdad rügte den Verkauf und hat eine internationale Schiedsstelle in Paris angerufen.

Im Streit zwischen der kurdischen Autonomiezone im Nord-Irak mit der Zentralregierung in Bagdad über die Nutzung von Gas und Öl hatte sich die Türkei abwartend verhalten. Nicht zuletzt nach Warnungen aus den USA hatte die türkische Regierung betont, dass sie einen Verkauf nordirakischen Öls nicht ohne Zulassung aus Bagdad erlauben werde.

Das von der irakischen Regierung angerufene internationale Schiedsgericht beruht auf dem türkisch-irakischen Vertrag über eine transnationale Pipeline, mit der das nordirakische Öl in die Türkei gebracht wird. Welche Sanktionen das Gericht verhängen kann, ist nicht bekannt.

Ein weiterer Hinweis auf die enge Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Regierung des kurdischen Autonomiegebietes ist die Reaktion auf die Ankündigung eines Referendums über die Unabhängigkeit des kurdischen Gebietes. War über Jahrzehnte die Verhinderung eines unabhängigen Kurdenstaates in der Region eine der Prioritäten der türkischen Außenpolitik hält sich Ankara trotz der Ankündigung stark zurück.

Beileidsbekundung für Armenier

Am 23. April, einen Tag vor dem Jahrestag der Deportationsentscheidung der Armenier im Osmanischen Reich, erklärte Ministerpräsident Erdoğan den Hinterbliebenen

der Opfer mit einer Presseerklärung sein Beileid. Es ist die erste offizielle Beileidsbekundung eines türkischen Regierungschefs gegenüber Armeniern. Während Erdoğan von „mensenunwürdigen Bedingungen“ sprach, beinhaltet die in neun Sprachen veröffentlichte Erklärung jedoch kein Eingeständnis, dass es sich bei der Deportation um Völkermord gehandelt habe. Außerdem wiederholte er seinen Aufruf, eine türkisch-armenische Historikerkommission zur Untersuchung der Vorfälle einzusetzen. Am gleichen Tag auf mögliche Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu Armenien angesprochen, verwies Erdoğan auf den ungelösten Konflikt um Bergkarabach und schloss eine Veränderung aus, solange Aserbaidschan und Armenien hier keine Lösung gefunden haben.

Besuch von Bundespräsident Gauck

Die Warnung von Bundespräsident Gauck bei seiner Rede an der Middle East Technical University, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Türkei gefährdet sind, stieß auf Seiten der türkischen Regierung auf harsche Ablehnung. Ministerpräsident Erdoğan warf Gauck mangelnde Information vor. Dieser verwechselt seine frühere Rolle als Priester mit seiner jetzigen als Staatsmann und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei sei nicht hinnehmbar.

Wahlkampfauftritte in Europa

Noch vor seiner offiziellen Nominierung als Präsidentschaftskandidat besuchte Ministerpräsident Erdoğan Deutschland, Österreich und Frankreich. Die Besuche trugen mit ihren Reden vor den türkischen Gemeinschaften in diesen Ländern den Charakter von Wahlkampfauftritten vor Beginn des offiziellen Wahlkampfes. Insbesondere in Deutschland und Österreich sorgten die Besuche angesichts der Kritik an den zunehmend autoritären Positionen von Erdoğan für politische Kontroversen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. 12/D5
34353 Beşiktaş-Istanbul
Türkei

Tel: +90 212 310 82 37
contact@festr.org
www.festr.org

Verantwortlich: Michael Meier
© FES Türkei, 2014

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG